

2 334

Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht (ZIAS)

Herausgegeben von
Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen
in der Europäischen Gemeinschaft
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Sozialrecht

Beirat: Prof. Dr. *Franz Gamillscheg*, Universität Göttingen · Prof. Dr. *Franz-Xaver Kaufmann*, Universität Bielefeld · Prof. Dr. *Alfred Maurer*, Universität Bern, Zürich · Prof. Dr. *Martin Pfaff*, Universität Augsburg · Prof. Dr. *Manfred Rehbinder*, Universität Zürich · Prof. Dr. *Gerhard A. Ritter*, Universität München · Prof. Dr. *Johannes Schregle* (Genf), Universität Salzburg · Prof. Dr. *Theodor Tomandl*, Universität Wien · Prof. Dr. *Hans F. Zacher*, München.

8. Jahrgang 1994



C.F. Müller Juristischer Verlag
Heidelberg



Redaktionsanschriften: Prof. Dr. Rolf Birk, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft, Postfach 18 12 30, 54263 Trier-Quint, Telefon (06 51) 96 66-0; Prof. Dr. Baron Bernd von Maydell, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Leopoldstraße 24, 80802 München, Telefon (089) 38 60 21.

Die *Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht* (Zitierweise: ZIAS) erscheint vierteljährlich (vier Hefte ergeben einen Band) und ist durch den Buchhandel oder vom Verlag zu beziehen. Abonnementsbedingungen/Bezugspreise: jährlich DM 296,- (einschl. 7 % Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten ab Verlag von DM 28,- Inland und DM 78,- Ausland; sFr 330,-, öS 2574,- jeweils einschl. Versandkosten. Einzelheft DM 78,- zuzüglich Versandkosten. Der Abonnementsvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Kündigungen sind jeweils zwei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich und dem Verlag schriftlich mitzuteilen, ansonsten verlängert sich das Abonnement um ein Jahr. Die Abonnementsgelder werden jährlich im voraus in Rechnung gestellt. Über Postgiroämter und Bankinstitute ist eine Teilnahme am Lastschriftabbuchungsverfahren und vierteljährliche Abbuchung möglich. Bei Neubestellungen kann der Abonnent seine Bestellung innerhalb von sieben Tagen schriftlich durch Mitteilung an die Verlagsadresse widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels).

Zur Aufnahme gelangen nur Originalarbeiten. Mit der Einreichung der Beiträge wird dem Verlag das alleinige Verfügungsrecht übertragen. Die Verlagsrechte erstrecken sich auf die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, die urheberrechtlichen Schutz genießen, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert bzw. erarbeitet sind. Sie dürfen insoweit auch nicht von Datenbanken oder ähnlichen Einrichtungen ohne Genehmigung des Verlages ausgewertet werden. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

C. F. Müller Juristischer Verlag GmbH; Postfach 102869, 69018 Heidelberg. Anzeigenverwaltung: C. F. Müller Juristischer Verlag GmbH, Im Weiher 10, 69121 Heidelberg, Telefon (06221) 489357. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. Januar 1995. Vertrieb: Hühig Vertriebs- und Abbonementsservice, D-69121 Heidelberg, Telefon (06221) 489-283. Gesamtherstellung: Wilhelm Carstens OHG, 29640 Schneverdingen.

Inhaltsverzeichnis zum 8. Jahrgang 1994

ABHANDLUNGEN

José João Nunes Abrantes, Das neue portugiesische Gesetz zur Regelung der während eines Streikes zu leistenden Notdienste	112
Klaus Adomeit, Arbeitsrechtliche Probleme des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft	119
Edda Blenk-Knocke, Die internationale Regelung sozialer Sicherung für Entwicklungsländer – zu den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Übereinkommens über Mindestnormen der sozialen Sicherheit (Konvention der IAO) in Entwicklungsländern	2
Nada Bodiroga-Vukobrat, Überblick über das System der sozialen Sicherheit in Kroatien	326
Gisbert Brinkmann, Supranationalität versus Dreigliedrigkeit: Die Beteiligung der europäischen Gemeinschaft an der Normsetzung der Internationalen Arbeitsorganisation	271
Anjuta Bubnov-Škoberne, Systeme der sozialen Sicherheit in Slowenien	94
Ke Chen, Internationales Sozialrecht aus chinesischer Perspektive	49
Susanne Elsner, Schulmedizin und alternative Medizin in der Krankenversicherung	66
Mechthild Exner, Die sozialrechtlichen Bestimmungen in der »Vorläufigen Verordnung über Staatsbeamte« der VR China	135
Eva-Maria Hohnerlein, Entwicklungstendenzen der italienischen Alterssicherung zu Beginn der 90er Jahre	146
Martin Hussels, Neuere Entwicklung im Unfallversicherungsrecht (Accident Compensation) in Neuseeland	54
Otto Kaufmann, Schutz bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik in Frankreich	163
Peter Köhler, Die Patientenversicherung in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden	175
Ute Kötter, Die gesetzliche Krankenversicherung in der Krise des Wohlfahrtsstaates – Reformen ohne Ende? – Das Beispiel Belgien	188
Jürgen Kruse, Eckpunkte des jüngsten Reformversuchs im Gesundheitssystem der USA	203
Angelika Nußberger, Die Bedeutung internationaler Normen in den Gutachten und Entscheidungen des sowjetischen Komitees für Verfassungsaufsicht und des russischen Verfassungsgerichts zum Arbeits- und Sozialrecht	36
Angelika Nußberger, Die im Sozialstaatsprinzip und in den sozialen Grundrechten enthaltene soziale Komponente in der russischen Verfassung von 1993	213
Rainer Pitschas, Reform der Gesundheitssicherung in Polen im Licht der anglo-europäischen Sozial- und Gesundheitspolitik	302

Tamás Prugberger, Kritische Betrachtungen zum neuen ungarischen Arbeitsgesetzbuch	75
Hans-Joachim Reinhard, 75 Jahre ILO – 50 Jahre Erklärung von Philadelphia	1
Hans-Joachim Reinhard, Portugal: Das schnelle Altern eines jungen Wohlfahrtsstaates	229
Bernd Schulte, Perspektiven der Alterssicherung in der europäischen Union – 20 Thesen	240
Hans F. Zacher, 25 Jahre europäisches Institut für soziale Sicherheit	254
Hans F. Zacher, Helmut Meinhold †	269

DOKUMENTATION.	68, 125, 339
------------------------	--------------

REZENSIONEN

Bundesministerium für Arbeit- und Sozialordnung, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.), <i>Weltfriede durch soziale Gerechtigkeit – 75 Jahre Internationale Arbeitsorganisation (Jürgen Kruse)</i>	350
Münchener Rückversicherungsgesellschaft (Hg.), <i>Die Haftung des Arbeitgebers (Maximilian Fuchs)</i>	354
Hans Heinz Heldmann, <i>Ausländergesetz (Klaus Dieter Däumeland)</i>	130
Abbo Junker, <i>Internationales Arbeitsrecht im Konzern (Eberhard Eichenhofer)</i>	352
Bernd von Maydell / Eberhard Eichenhofer, <i>Hans F. Zacher, Abhandlungen zum Sozialrecht (Rolf Schuler)</i>	73
Bernardo da Gama Lobo Xavier, <i>Curso de direito do trabalho (Jasmina Friedrich)</i>	129

25 Jahre Europäisches Institut für Soziale Sicherheit¹

Von Prof. Dr. Hans F. Zacher, München

A. Vorbemerkungen

Es ist eine große Freude für mich, heute vor Ihnen über »Ein Vierteljahrhundert Europäisches Institut für Soziale Sicherheit« zu sprechen. Ich bin glücklich, so viele *alte Freunde* wiederzusehen, die an der Entwicklung des Instituts Anteil genommen haben: die wenigen, die schon an der Gründung teilgenommen haben; und die vielen, die später, im Laufe der 25 Jahre hinzugekommen sind.

Mein Herz ist in dieser Stunde aber auch voll der dankbaren Erinnerung an die Gefährten, welche die Anfänge und den Weg des Instituts geteilt haben und heute nicht mehr unter den Lebenden weilen. Ihnen gelten in dieser Stunde meine freundschaftlichen Gefühle auf ganz besondere Weise. Und ich weiß mich mit vielen von Ihnen darin einig.

I. »Soziale Sicherheit« und »Europa«

Ich stehe vor Ihnen freilich nicht ohne Sorge. Das Thema »25 Jahre Europäisches Institut für Soziale Sicherheit« beschreibt einen offenen Gegenstand. Es genügt nicht, darüber zu berichten, was das Institut in diesem Vierteljahrhundert getan hat. Die Leistung des Instituts muß vielmehr mit der Aufgabe des Instituts verglichen werden. Aber diese Aufgabe war und ist sehr weit. Und sie wandelt sich stetig. Das gilt für den Begriff der »sozialen Sicherheit« ebenso wie für den Begriff »Europa«. Damit gerate ich als Festredner in eine Schwierigkeit. Es wäre unredlich zu sagen, das Institut habe sich mit dieser Aufgabe in ihrer ganzen Vielfalt auseinandergesetzt. Dazu war diese Aufgabe nicht nur zu groß. Dazu wandelte sich diese Aufgabe nicht nur zu schnell. Dazu war die Aufgabe auch zu neu. Sie war der Öffentlichkeit ebenso wie den Fachleuten zu wenig bewußt. Gerade auf diesem Gebiet aber, auf dem Gebiet des Bewußtseins der Experten, lag das Verdienst des Instituts. Man kann das, was das Institut in dem Vierteljahrhundert geleistet hat, etwa in das folgende Bild bringen. Da ist eine Landschaft, die kraft ihrer Struktur und ihres Bewuchses so unübersichtlich ist, daß niemand eine rechte Vorstellung von ihr hat. In diese Landschaft hinein baut nun eine Gruppe von Leuten jedes Jahr einen oder zwei Aussichtstürme. Diese Türme sind nicht hoch genug, um von ihnen aus die ganze Landschaft sehen zu können. Aber sie sind hoch genug, um ein Stück der Landschaft kennenzulernen. Und je mehr

1 Der nachfolgende Beitrag gibt den Text einer Rede wieder, die der Verf. am 26. September 1993 im Rahmen einer Festveranstaltung des Europäischen Instituts für Soziale Sicherheit in Dresden gehalten hat. Die Veröffentlichung dieser Rede Prof. Dr. Bernd von Maydell zu widmen, rechtfertigt sich nicht zuletzt daraus, daß er einer der Vizepräsidenten des Europäischen Instituts für Soziale Sicherheit ist.

die Erfahrung, welche die Gruppe bei der Auswahl der Plätze und bei der Auswertung der Ausblicke gewinnt, wächst, desto mehr wächst auch die Ahnung von der ganzen Landschaft.

Ich glaube in der Tat, das war die Leistung des Instituts: Ausblicke und Erfahrungen zu schaffen, von denen her wenigstens die Idee entwickelt werden kann, soziale Sicherheit in Europa trotz ihrer unendlichen Komplexität und ihrer stetigen Veränderungen als ein Ganzes zu begreifen.

B. Das Institut

I. Die Vorgeschichte

Das Europäische Institut für Soziale Sicherheit wurzelt tief in der *Europäischen Geschichte*. Schon seit dem 19. Jahrhundert hatten die meisten europäischen Staaten Fortschritte auf dem Gebiet der Hilfe für die Armen und der Sozialversicherung für die Arbeitnehmer gemacht. Dabei sahen sie bald, daß gerade diese Fortschritte zu neuen Methoden auch der internationalen Zusammenarbeit nötigten. Die Entwicklungen der Sozialpolitik gaben sowohl den Möglichkeiten als auch den Grenzen der Freizügigkeit eine neue Bedeutung. Und sie beeinflussten den internationalen Wettbewerb. So kam es zu internationalen Abkommen über die Sozialversicherung und die soziale Fürsorge. Und Europa wurde zur Wiege der Bemühungen, weltweit maßgebliche politische und rechtliche Normen für den sozialen Schutz der Menschen zu entwickeln. In besonderer Weise löste schließlich der Zweite Weltkrieg die Bereitschaft aus, in der Sozialpolitik entschlossen voranzuschreiten. Hatten »Machtstaaten« in den Krieg geführt, so sollten nun die »Wohlfahrtsstaaten« den Weg in den Frieden weisen.

So war es nur konsequent, daß die *neuen Institutionen*, in denen die Staaten Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenarbeiten wollten, sich des sozialen Themas annahmen. Schon der Brüsseler Vertrag über die *Westeuropäische Union* von 1948 widmete der sozialen Aufgabe breiten Raum. Als 1949 der *Europarat* gegründet wurde, wurde neben seinem kulturellen und wirtschaftlichen auch sein sozialer Auftrag betont. Schon in wenigen Jahren hat er durch die beiden vorläufigen europäischen Abkommen über die Systeme der sozialen Sicherheit, das Europäische Fürsorgeabkommen und das Europäische Niederlassungsabkommen, die Grundlage für das soziale Zusammenwachsen Europas gelegt. Und in zahlreichen späteren Konventionen, Entschlüssen und Diskussionen hat gerade der Europarat immer wieder Wesentliches dazu beigetragen, daß sich Europa nicht nur als eine rechtliche und kulturelle, sondern auch als eine soziale Einheit verstehen kann.

1951 leitete der Vertrag über die Gründung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* eine neue Ära ein: die Ära der *supranationalen europäischen Gemeinschaften*. Diese erste Gemeinschaft hatte einen sehr speziellen Charakter: eben den gemeinsamer Institutionen und einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiete von Kohle und Stahl. Entsprechend begrenzt waren die sozialen Kompetenzen.

Die Schwelle zu einer umfassenden supranationalen Entwicklung wurde erst 1957 überschritten, als neben dem Vertrag zur Gründung der *Europäischen Atomgemeinschaft* der Vertrag zur Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* abgeschlossen wurde. Ähnlich wie der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl greift auch der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft die soziale Thematik nur sehr spezifisch auf. Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dagegen enthielt eine differenzierte, weit ausgreifende Ordnung einer europäischen Sozialpolitik. Zwar erwartete der Vertrag den europäischen Wohlstand primär vom Gemeinsamen Markt (Art. 2 EWGV). Die Sozialpolitik sollte im wesentlichen Sache der Mitgliedstaaten bleiben. Aber sie sollte die wirtschaftliche Entwicklung ergänzen und begleiten. Deshalb verpflichtete der Vertrag die Mitgliedstaaten auf das gemeinsame Ziel der »Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte« und auf deren Angleichung »auf dem Wege des Fortschritts« (Art. 117 Abs. 1). Sie sollten zu diesem Zweck untereinander und mit der Kommission in einen Austausch treten (Art. 118). Das Ziel sollte eine Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften sein (Art. 117 Abs. 2). In einigen Punkten ging der Vertrag jedoch wesentlich über dieses sozialpolitische Minimum hinaus: in der arbeitsrechtlichen Garantie der Gleichheit von Mann und Frau (Art. 119); in der Errichtung eines europäischen Sozialfonds, »dessen Zweck es ist, innerhalb der Gemeinschaft die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu fördern« (Art. 123); und in der Gewährleistung der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer, die von dieser Freizügigkeit Gebrauch machen (Art. 51). Das Glück wollte es, daß gerade diesem Auftrag schon 1958 entsprochen werden konnte: durch die Verordnung Nr. 3 des Rates über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer. 1972 neu gefaßt durch die VO 1408/71, bildet sie seither den Kern des europäischen Rechts der sozialen Sicherheit.

In den folgenden Jahren war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und waren mit ihr die Mitgliedstaaten im wesentlichen damit beschäftigt, dieses System der sozialen Sicherung der Wanderarbeitnehmer administrative und soziale Wirklichkeit werden zu lassen. 1960 wurde auch der europäische Sozialfonds geschaffen. Die weitergehenden Ziele des Vertrags dagegen, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in sozialen Fragen (Art. 118 EWGV) und die Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften (Art. 117 Abs. 2 EWGV), traten alsbald in den Hintergrund. Es zeigte sich, daß in den meisten Mitgliedstaaten die Sozialpolitik im Zentrum des demokratischen Wettbewerbs um die Stimmen der Wähler stand. Und die nationalen Politiker sahen sich nicht imstande, sich bei diesem Wettbewerb durch Versuche einer europäischen Harmonisierung beeinflussen zu lassen.

II. Die Gründung

Das ungefähr war die Situation, als die Herren *Veldkamp*, *Levi-Sandri*, *Jantz*, *Lyon-Caen*, *Wilwertz* und *Dillemans* vor fünfundzwanzig Jahren über-

einkamen, ein »Europäisches Institut für Soziale Sicherheit« zu gründen. Die Notwendigkeit, sich über die Eigenarten und Unterschiede der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit und über deren Entwicklung auszutauschen, war evident. Die Möglichkeiten, dies in jenen offiziellen Institutionen und Verfahren zu tun, in denen sich die nationalen Regierungen untereinander und mit den europäischen Instanzen begegneten, hatten sich als eng begrenzt erwiesen. Offensichtlich war es auch notwendig, dem politischen und bürokratischen Sachverstand, der sich in diesen offiziellen Institutionen und Verfahren zumeist begegnete, mehr wissenschaftlichen Sachverstand hinzuzufügen. Der internationalen Diskussion sollte die transnationale Diskussion, der politisch-bürokratischen Diskussion die wissenschaftliche Diskussion hinzugefügt werden – im Interesse der europäischen Entwicklung ebenso wie im Interesse der nationalen Entwicklungen. Dementsprechend lautet der Art. 3 der Satzung, die von der Mitgliederversammlung am 29. November 1969 beschlossen wurde:

The association aims at stimulating scientific cooperation concerning European problems in the field of social security among the experts of social security from the European countries and especially from E.C.-countries and from the members of the Council of Europe. The association may, additionally, promote the scientific research on the national problems of social security of one of the countries concerned.

III. Das Konzept

1. Der Gegenstand: »Soziale Sicherheit«

Der Ausdruck »soziale Sicherheit« hat keinen eindeutigen Sinn. Er hatte seinen Siegeszug mit dem Social Security Act der Vereinigten Staaten von 1935 angetreten. Aber er konnte diesen Siegeszug nur vollenden, *weil* er unklar war. Er appellierte mit dem Wort »Sicherheit« an eine elementare menschliche Sehnsucht. Aber wie diese Sehnsucht erfüllt werden sollte, blieb weitgehend offen. Vor allem überwand der Begriff der »sozialen Sicherheit« Schranken, die mit Begriff und Typus der Sozialversicherung verbunden waren. In der »sozialen Sicherheit« konnte neben die Finanzierung durch Beiträge vermehrt die Finanzierung durch Steuern treten. Damit war auch eine freiere Gestaltung des Schutzbereichs und der Leistungen möglich.

Auch die Anfänge des Instituts profitierten von der Unbefangenheit des Begriffs. Das erste Colloquium, das 1969 in Den Haag abgehalten wurde, hatte das Thema »The Efficiency and Sufficiency of Social Security in the various Western European Countries«². Den Erörterungen lag ein Fragebogen zugrunde. Dieser Fragebogen schien vorauszusetzen, daß man weiß, was soziale Sicherheit ist. Aber die Fragen ließen kein gemeinsames Konzept der »sozialen Sicherheit« erkennen. Ganz offensichtlich haben die Autoren etwas für selbstverständlich gehalten, was so selbstverständlich nicht war. Wie weit

2 European Institute of Social Security (im folgenden EISS), Yearbook 1970, Leuven 1970.

die Offenheit des Begriffes »soziale Sicherheit« gehen kann, verdeutlicht ein Zitat aus dem Jahr 1979. Damals erörterte das Institut das Thema »Social Security Reforms in Europe«³. *Franco Marziale* sprach über das Thema »Quelques propos pour une réforme de la sécurité sociale«⁴. Er definierte soziale Sicherheit als einen »mécanisme qui a pour but de compenser l'aveugle injustice de la nature et de la vie économique par l'application d'un système rationnel et organisé de solidarité«⁵.

2. Europa?

Nicht minder pragmatisch waren die Gründer hinsichtlich des »europäischen« Auftrages des Instituts. Sie sprachen vom »European Institute« und von der »cooperation concerning European problems« und von »European countries«. Und sie heben die »European Community« und den »Council of Europe« hervor. Mehr wird nicht definiert. In der Praxis des Instituts stehen zunächst die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und solche, die es – wie Großbritannien – alsbald werden sollten, im Vordergrund. Erst nach und nach wird das Institut wirklich europäisch.

3. Die Aktivitäten

Fragen wir schließlich danach, welche Aktivitäten sich das Institut bei seiner Gründung vornahm. Die Art. 23–26 des Statuts beschreiben sie: »Colloquia on Problems related to Social Security in the European Countries« (Art. 23); to »Publish a Periodical« (Art. 24); to »Undertake and Promote Scientific Research, execute these together or take charge of them« (Art. 25). Die *Colloquien* wurden zum Kern der Aktivitäten. Sie waren auch der Rahmen, in dem sich die Experten der sozialen Sicherheit treffen und kennenlernen konnten. Die Colloquien haben die »Community« der Mitglieder und Sympathisanten des Instituts gestiftet. Das Vorhaben eines *periodicals* wurde in Gestalt der Jahrbücher verwirklicht. Diese enthalten die Verhandlungen der Konferenzen und Colloquien. Den Plan, eigene *Forschungsvorhaben* durchzuführen, verwirklichte das Institut erst von 1979 an. Dabei wechselten Forschungsaufträge des Europarates⁶ mit Forschungsaufträgen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften⁷ ab. Mit seinen Forschungsarbeiten –

3 EISS Yearbook 1978–1980 Part II, Deventer 1980.

4 A. a. O., S. 25 ff.

5 A. a. O., S. 25.

6 »La notion d'emploi convenable« (1979); »La simplification et la nationalisation des systèmes de sécurité sociale« (1984); »La législation concernant les personnes handicapées« (1985); »Flexibilité de l'âge de la retraite« (1987); »Le vieillissement des populations et son incidence sur le financement des prestations de Sécurité sociale« (1990); »La contribution de la Sécurité sociale à l'amélioration des conditions de vie des groupes à revenu très bas« (1991).

7 »Privatisation et sécurité sociale« (1980); »Le rôle de la sécurité sociale dans la perspective de la création du marché intérieur en 1992« (1988–1989); Système communautaire d'information sur la protection sociale« (1989–1991).

über die ich leider hier nicht im einzelnen berichten kann – kam das Institut der wissenschaftlichen Absicht seiner Gründer mitunter näher als mit manchem seiner Colloquien. Aber die Verbindung zwischen diesen Forschungsarbeiten und dem Kreis von Interessierten, der sich im Rahmen der Colloquien trifft, ist nie so recht gelungen.

IV. Die weitere Entwicklung

Kehren wir noch einmal zur Zeit der Gründung des Instituts zurück. Wir haben gesehen, daß diese Gründung in eine Phase ruhiger Winde fiel. Das hat sich rasch geändert. Die *Sozialleistungssysteme* wuchsen. Für immer mehr soziale Defizite wurde die Verantwortung des Wohlfahrtsstaats eingefordert und auch anerkannt. Immer mehr Unzulänglichkeiten in der Gestaltung der sozialen Leistungen wurden entdeckt. Ihre Änderung wurde verlangt und oft auch gewährt. In einer Reihe von Ländern setzte man auch zu grundlegenden Reformen an. Dabei wollte man die Sozialpolitik und deren rechtliche Ordnung auch »systematischer« machen. Zuweilen versuchte man eine Kodifikation. Dabei erschlossen sich grundsätzliche neue Einsichten. Aber das Wachstum der Einzelheiten war überall stärker. Auch die *Bedingungen für die Entwicklung der sozialen Sicherheit* änderten sich grundlegend. Das wirtschaftliche Wachstum wich in den 70er Jahren einer Rezession. Arbeitslosigkeit und Inflation mußten bewältigt werden. Im Laufe der 80er Jahre erholte sich zwar das wirtschaftliche Wachstum wieder. Auch die Inflation ging zurück. Die Arbeitslosigkeit blieb jedoch hoch. Und die Staatsquote – d. h. der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt – wuchs und wuchs. Und das Zusammenspiel dieser ökonomischen Indikatoren der sozialen Situation änderte fortwährend sein Erscheinungsbild. Politik und Wissenschaft standen vor immer neuen Herausforderungen. Zugleich veränderten sich *wesentliche soziale Strukturen*, insbesondere die familiären Lebensmuster und die Verhältnisse im Arbeitsleben. Die rasche technologische Entwicklung löste diese Veränderungen mit aus. Sie stellte aber auch selbst die Systeme der sozialen Sicherheit vor neue Probleme. Diese Ströme vereinigten sich auf einzigartige Weise auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung: in dem unstillbaren Wunsch nach besseren Leistungen, in dem raschen Fortschritt der medizinischen Möglichkeiten, in den zunehmenden Schwierigkeiten, pflegende Dienste bereitzustellen, und vor allem in den wachsenden Schwierigkeiten der Finanzierung.

In der Politik des *Europarates* fand vor allem die Intensivierung und Differenzierung der Sozialpolitik Ausdruck. Das Netz seiner Übereinkommen, Empfehlungen und Konferenzen ist über die Zeit hin eindrucksvoll gewachsen. Der internationale Charakter des *Europarates*, der auf die Annahme aller seiner Ergebnisse durch die Mitgliedstaaten angewiesen ist, hat freilich weithin verdeckt, welches Maß an sozialpolitischer Arbeit der Europarat geleistet hat.

Wesentlich spektakulärer verlief die Entwicklung in der *Europäischen Gemeinschaft*. Ihre Bedeutung wuchs gewaltig: von 1970 an durch die Erweite-

rung um Großbritannien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal; von 1986 an durch die Einheitliche Europäische Akte; und von 1992 an durch den Vertrag über die Europäische Union; schließlich durch die Ausweitung auf die Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes.

Der sozialpolitische Auftrag der Europäischen Gemeinschaft war von vornherein voller Spannungsverhältnisse gewesen. Diese Spannungsverhältnisse entwickelten sich über die ganze Zeit hin und wandelten sowohl ihre Erscheinungsformen als auch ihre Bedeutung. Sie können vor allem auf einen Gegensatz hin zusammengefaßt werden: auf den Gegensatz zwischen *einzelnen* sozialpolitischen *Zielen* – wie der Gleichstellung von Mann und Frau oder der sozialen Sicherheit der Wanderarbeitnehmer einerseits und der Formulierung *allgemeinerer* sozialpolitischer *Themen* – bis hin zu so offenen Begriffen wie »Sozialordnung« (Art. 117 Abs. 2 EWGV), »soziale Frage« (Art. 118 EWGV) oder »soziale Lage« (Art. 122 EWGV) *andererseits*. Dieser Dialektik entsprechen unterschiedliche Stilformen europäischer Politik. Die besonderen Themen gehen mit Rechtssetzungsakten – selten mit Verordnungen, in der Regel mit Richtlinien – einher, deren Verwirklichung und Weiterentwicklung dann weitgehend in der Hand des Europäischen Gerichtshofes liegt. Die allgemeineren Themen dagegen wurden – nach langem Zögern – in atypischen Aktionsprogrammen aufgegriffen. Deren geringe Verbindlichkeit kommt auch den Widerständen entgegen, die von den politischen Kräften und den Mitgliedstaaten ausgehen. Diese betonen den Nachrang der Sozialpolitik: sei es der Sozialpolitik gegenüber der Marktwirtschaft und der Freizügigkeit überhaupt, sei es der europäischen Sozialpolitik gegenüber der nationalen Sozialpolitik. Die drei europäischen Armutsprogramme sind die eindrucksvollsten Beispiele für diese Schwierigkeit. Die Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist auf diese Weise gleichwohl in eine immer größere Vielfalt der Themen ebenso wie der Techniken hineingewachsen, während sich die politischen Schwerpunkte immer neu bildeten und die Dynamik des Handelns auf Kommission und Rat, Parlament und Gerichtshof, aber auch auf die Mitgliedstaaten unmittelbar immer wieder neu verteilten.

Die Einheitliche Europäische Akte, die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer, der Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union und das Abkommen über die Sozialpolitik der elf Mitgliedstaaten (ohne Vereinigtes Königreich) haben dieses Spiel der Themen und Kräfte nicht grundsätzlich verändert. Aber sie haben den Verantwortlichkeiten und den Möglichkeiten der europäischen Sozialpolitik neue, weitere Horizonte gesteckt. Und die Empfehlungen des Rates über die Annäherung der Ziele und der Politiken im Bereich des sozialen Schutzes sowie über gemeinsame Kriterien für ausreichende Zuwendungen und Leistungen im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung, beide von 1992, zeigen eine neue politische Entschlossenheit, das Tabu einer Harmonisierung der Systeme sozialer Sicherheit in realistischen Grenzen in Frage zu stellen.

Die *Masse all der Entwicklungen*, die sich aus dem quantitativen und qualitativen Wachstum der Systeme sozialer Sicherheit, aus ihrer Alterung, aus

dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, aber auch aus einem immer wieder zunehmenden Spannungsverhältnis zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum und dem Wachstum der sozialen Kosten ergaben, vollzog sich im nationalen Bereich. Man kann das Vierteljahrhundert, in dem nun das Europäische Institut besteht, als eine *Phase wachsender sozialpolitischer Enttäuschung* bezeichnen. Hatte sich in den 50er und mehr noch in den 60er Jahren die Selbstverständlichkeit aufgebaut, daß sozialer Schutz und sozialer Ausgleich nicht nur immer weiter verbessert werden können, sondern auch zu zunehmender sozialer Befriedung führen werden, so haben die 70er und 80er Jahre diese Selbstverständlichkeit zerstört. *Erstens* zeigte sich, daß die Kompensation sozialer Defizite immer weitere Schritte der Kompensation immer neuer Defizite notwendig macht. *Zweitens* veränderten sich immer mehr die Voraussetzungen, unter denen die Institutionen sozialer Kompensation konstruiert worden waren. Maßnahmen des sozialen Schutzes lösten immer mehr gesellschaftliche Wirkungen aus als die, um deretwillen sie beschlossen worden waren. Und die Bewältigung dieser Wirkungen wurde zu einer Aufgabe für sich. *Drittens* aber erwies sich, daß die Wirtschaft nicht zuverlässig auf jenes – maximale oder minimale, jedenfalls aber – stetige Wachstum hingesteuert werden kann, das einmal so selbstverständlich schien. Vielmehr blieben der Wirtschaft nicht nur konjunkturelle Schwankungen, sondern auch schwere strukturelle Krisen nicht erspart. Damit wurden auch die Konsense darüber, wieviel Sozialprodukt verteilt, wieviel dagegen umverteilt werden soll, immer neu in Frage gestellt. Und trotzdem hat die Idee der sozialen Sicherheit gerade auch unter diesen Bedingungen ihre Notwendigkeit sowie ihre Fähigkeit und ihre Kraft, neue Wege zu beschreiten, erwiesen.

V. Die Themen des Instituts

Die Arbeiten des Instituts reflektieren diese Entwicklungen. Aber doch auf eine eher sporadische Weise. Das ist nur zu verständlich. Einerseits ist die Gesamtheit der Befunde und der Veränderungen von unüberschaubarer und unerschöpflicher Komplexität. Andererseits mußte das Institut selbst erst lernen, interdisziplinär und komparativ auf den vielen Ebenen und in den vielen Dimensionen der »European problems in the field of social security« zu arbeiten.

Am besten gibt dem das *erste Colloquium*, das 1969 in Den Haag stattgefunden hat, Ausdruck. Wie schon bemerkt, befaßte es sich mit der »*Efficiency and Sufficiency of Social Security in the various Western European Countries*«⁸. Das Colloquium wurde durch Fragebogen und nationale Berichte vorbereitet. Aber beides war von einer Einfachheit und einem Pragmatismus, der den Mangel an Erfahrung nicht übersehen läßt. Immerhin entstand so ein erster Überblick über die kritischen Zonen der nationalen Systeme sozialer Sicherheit in Deutschland, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden.

8 S. oben Anm. 2.

Als zweites Thema, das 1970 in Paris⁹ und 1971 in Rom¹⁰ erörtert wurde, drängte sich »*Evolution and Finance of the Costs of Medical Care*« auf. Kein anderes Thema wird in den Arbeiten des Instituts so oft wieder aufgegriffen werden.

Das dritte Thema machte ein Problem bewußt, das in den nationalen Sozialordnungen sehr unterschiedlich gesehen wird und die europäische Politik vor sehr eigentümliche Schwierigkeiten stellt: die Teilung der Aufgaben zwischen Regel- und Ergänzungssystemen: »*Complementary Systems of Social Security*.« Sie werden 1972 in Bonn¹¹ und 1973 in Cambridge¹² dargestellt und diskutiert. Auch dieses Thema ist in den verschiedenen Stadien der Entwicklung immer neu von Interesse.

Das vierte Thema spiegelt Zweifel und Ernüchterung wider. Hatte man in der Phase des Ausbaus der Sozialleistungssysteme gehofft, sie könnten und würden der Verteilungsgerechtigkeit dienen, so drängte sich mehr und mehr die Frage auf, ob das auch so sei. Das Thema »*Social Security and Redistribution of Income*« wurde 1974 in Helsingör¹³ und 1975 in Straßburg¹⁴ behandelt. Dabei wurden komplizierte Zusammenhänge offengelegt: nicht nur die Verteilungswirkung des Finanzierungssystems und der Leistungen der »sozialen Sicherheit«, sondern auch das Verhältnis der Beiträge und Leistungen zu den Verteilungswirkungen der Besteuerung.

Mit dem fünften Thema öffnete sich das Institut erstmals auf das Arbeitsrecht und das Arbeitsleben hin. In einem Seminar, das 1976 in Brüssel¹⁵ stattfand, und in dem Colloquium von Rosslare im Jahre 1977¹⁶ wurde über »*Income Guarantee and Occupational Mobility*« berichtet und diskutiert. Auch diese Arbeiten des Instituts machten die Vielschichtigkeit des Problems sichtbar: Sozialleistungen und Erhalt des Arbeitsplatzes, Sozialleistungen als Kompensation bei Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen als Anreiz zur Mobilität, Sozialleistungen als Hindernis der Mobilität. Was in den einzelnen Berichten weitgehend als Problem des besten sozialen Schutzes der Arbeitnehmer erscheint, erweist sich in der Gesamtheit als eine Kollektion ernster Dilemmata.

Diese erste Serie von Themen schließt mit »*The Retirement Age in Europe*«. Die Flexibilisierung der Altersgrenze war gerade in Mode gekommen. Mit diesem Colloquium, das 1978 in Leuven¹⁷, dem Sitz des Instituts, stattfand, feierte das Institut die ersten zehn Jahre seines Bestehens. Damit verband es den Versuch einer zurückschauenden und einer vorausschauenden Bestandsaufnahme. Guy Perrin, der große, unvergessene Meister des sensiblen Nach-

9 EISS Yearbook 1971, Leuven 1972, S. 249 ff.

10 A. a. O., S. 277 ff.

11 EISS, Yearbook 1972, Leuven 1975.

12 EISS, Yearbook 1973, Leuven 1975, S. 641 ff.

13 EISS, Yearbook 1974–1977 Part I, Deventer 1979.

14 Ebenda.

15 EISS, Yearbook 1974–1977 Part II, Deventer 1979.

16 Ebenda.

17 EISS Yearbook 1978–1980 Part I, Deventer 1980.

denkens über soziale Sicherheit und des rationalen Gestaltens von Konzepten sozialer Sicherheit, sprach über »*La sécurité sociale au passé et au présent*«¹⁸. Und *Jef van Langendonck*, mittlerweile längst Generalsekretär des Instituts, redete mit all seinem Talent zur überraschenden Vereinfachung über »*Future Prospects of Social Security*«¹⁹.

Das zweite Jahrzehnt eröffnete das Institut mit einem Colloquium über »*Social Security Reforms in Europe*«, das 1979 in Brüssel²⁰ abgehalten wurde. Zwei Entwicklungslinien überschnitten sich hier. Die erste dieser Linien war den Arbeiten des Instituts vorgegeben. Die Jahrzehnte zuvor hatten vor allem Ausweitungen und Verbesserungen des Schutzes der sozialen Sicherheit gebracht. Nun standen Veränderungen an, die nicht mehr allein auf die Nenner »mehr« und »besser« gebracht werden konnten. Widersprüche waren aufgetreten, die harmonisiert werden mußten. Ebenso hatte sich der Verdacht verdichtet, daß die Ausweitungen und die Verbesserungen des sozialen Schutzes an Grenzen stoßen könnten. Die zweite Entwicklungslinie, die in diesem Colloquium manifest wurde, ist die des Instituts selbst. Hatte es 1968 mit einer Bestandsaufnahme der sozialen Sicherheit begonnen und die Frage gestellt, ob die Systeme sozialer Sicherheit wirksam und zureichend sind, so trat es mit dem Colloquium über die Reformen erneut in eine umfassende Analyse der Systeme sozialer Sicherheit ein. Diesmal freilich war die Betrachtungsweise eine wesentlich genauere und sensiblere.

Mitte der 70er Jahre waren die Wirtschaften der industrialisierten Länder von einer Rezession heimgesucht worden, die vielfach auch von Inflation begleitet wurde. Das wurde zu einer Herausforderung auch für die soziale Sicherheit. Mehr und mehr wurde das Verhältnis zwischen ökonomischer Entwicklung und sozialer Sicherheit diskutiert. 1981 erreichte das Thema auch das Institut. Zweimal befaßte sich das Institut mit »*Social Security and Economic Crisis*«: 1981 in Toledo²¹ und 1982 in Den Haag²².

Von Anfang an war, wie bemerkt, Interdisziplinarität eine Selbstverständlichkeit für das Institut. Aber das Institut hatte die Methoden interdisziplinärer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit nie ausdrücklich reflektiert. Erstmals in den Colloquien von Bordeaux (1983)²³ und Luxemburg (1984)²⁴ widmete sich das Institut ausdrücklich der Frage, welchen Beitrag eine Disziplin zur Forschung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit leisten kann: »*Sociological Research and Social Security*.«

Mit dem Colloquium von 1985 in Nürnberg²⁵ kehrte das Institut zu dem allgemeinen Problemkreis der richtigen Entwicklung der Systeme sozialer

18 Ebenda, S. 153 ff.

19 Ebenda, S. 201 ff.

20 EISS, Yearbook 1978–1980 Part II, Deventer 1980.

21 EISS, Yearbook 1980–1981 Part II, Deventer 1982.

22 EISS, Yearbook 1982–1983 Part I, Deventer 1984.

23 EISS, Yearbook 1982–1983 Part II, Deventer 1984.

24 EISS, Yearbook 1984, Deventer 1986.

25 EISS, Yearbook 1985, Deventer 1987.

Sicherheit zurück: »*Balanced Development of Long-term Benefits*«. 1987, in Krems²⁶, holte das Institut noch weiter aus: »*Structural Problems of Social Security Today and Tomorrow*«. Nun folgte eine ganze Sequenz struktureller Themen: wie »*Non-contributory Pensions*« 1988 in Javea²⁷ und die »*Complementary Protection in Social Security*« 1990 in Genf²⁸. Das Thema der Complementary Systems, 1972/73 zuerst aufgegriffen²⁹, hatte in den 70er und 80er Jahren ganz neue Bedeutung erlangt. Der Kreis der Colloquien, die der Weiterentwicklung der Systeme sozialer Sicherheit gewidmet waren, schloß mit dem Colloquium von Florenz im Jahr 1991 über das Thema »*Technological Innovation and Social Security*«³⁰.

Inzwischen hatte das Colloquium von Thessaloniki (1988)³¹ das Thema »*Health Care Under Social Security*« wieder aufgegriffen, das schon 1970 in Paris³² und 1971 in Rom³³ behandelt worden war und in fast allen Colloquien dazwischen immer wieder besondere Beachtung gefunden hatte.

So selbstverständlich es war, daß sich die Arbeiten des Instituts auf die sozialen Systeme europäischer Länder bezogen, so wenig trat in den Arbeiten des Instituts zunächst die *eigentliche europäische Sozialpolitik* hervor. Erst die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft gab einen Impuls, die Schwierigkeiten einer europäischen Sozialpolitik zum direkten Thema zu machen. Das Colloquium von Brüssel (1986)³⁴ behandelte das Thema »*Social Security Under Different Social and Economic Conditions*«. Und die Perspektive des einheitlichen europäischen Marktes gab Anlaß, 1989 in Porto über »*Social Security in Europe 1992*«³⁵ zu diskutieren.

Einen ganz besonderen Charakter hatten die beiden letzten Colloquien. 1992 nahm das Institut an den vielen Versuchen teil, die Entwicklungen der sozialen Sicherheit zu untersuchen, die sich in dem halben Jahrhundert seit dem Beveridge-Report vollzogen hatten. »*Social Security 50 Years After Beveridge*«³⁶ war das Thema des Colloquiums von York.

Das letzte Colloquium dagegen stellte sich ganz der Gegenwart³⁷. Mit der *Transformation der sozialistischen Staaten* in demokratische, rechtsstaatliche Gemeinwesen und freiheitliche, bürgerliche Gesellschaften steht auch die Politik der sozialen Sicherheit vor einer ganz neuen Herausforderung. Niemand hatte darauf hinreichende Antworten vorrätig. Und alle lernen wir erst sehr allmählich die besonderen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen

26 EISS, Yearbook 1987, Leuven 1988.

27 EISS, Yearbook 1988 Part I, Leuven 1988.

28 EISS, Yearbook 1990, Leuven 1991.

29 S. o. Anm. 9 und 10.

30 EISS, Yearbook 1991, Leuven 1992.

31 EISS Yearbook 1988 Part II, Leuven 1988.

32 S. o. Anm. 7.

33 S. o. Anm. 8.

34 EISS, Yearbook 1986, Leuven 1988.

35 EISS, Yearbook 1989, Leuven 1990.

36 EISS Yearbook 1992, Leuven 1993.

37 EISS, Yearbook 1993, im Druck.

Bedingungen, unter denen in den verschiedenen Ländern Zentral- und Osteuropas die Frage nach den richtigen Systemen sozialer Sicherheit zu stellen und zu beantworten ist. Das Institut hat mit dem Colloquium der letzten Tage dieses ganz neue Feld europäischer Sozialpolitik betreten.

C. Bilanz und Ausblick

I. Die Problemlage

Das Institut geht nun von seinem ersten Vierteljahrhundert in sein zweites Vierteljahrhundert. Diese Schwelle stimmt mit den *neuen Herausforderungen* überein, vor denen ein Europäisches Institut für soziale Sicherheit steht.

- Für das *weitere Europa* ist diese Zeit durch die *Umwälzungen in Zentral-, Ost- und Südosteuropa* gekennzeichnet. Die Begleitung der politischen und ökonomischen Prozesse, die sich dort vollziehen, durch den Aufbau von situationsgerechten Systemen sozialer Sicherheit ist eine Aufgabe, auf die niemand vorbereitet war. Wieviele unserer alten Erkenntnisse sind auch in dieser Situation richtig? Wieviel sollte neu erdacht werden?
- Mit diesen Entwicklungen gewinnt auch der andere zentrale Träger europäischer Sozialpolitik, der *Europarat*, eine neue Bedeutung. Zwar hat sich die Europäische Gemeinschaft weit ausgedehnt und ist sie dabei, sich weiter auszudehnen. Aber das Europa, in dem soziale Sicherheit im Sinne demokratischer, rechtsstaatlicher Gemeinwesen und freiheitlicher, bürgerlicher Gesellschaften zu diskutieren ist, ist noch viel größer geworden. Das schafft wesentlichen neuen Raum für den sozialen Auftrag und für die soziale Wirksamkeit des Europarates.
- Aber auch die *west- und nordeuropäischen Länder*, die auf eine lange freiheitliche und marktwirtschaftliche Tradition zurückblicken, stehen vor einer neuartigen Situation. Die industriellen Strukturen befinden sich in einer tiefen Krise. Niemand kann sagen, wie die Wirtschaft der west- und nordeuropäischen Länder sich entwickeln wird. Niemand kann sagen, welche gesellschaftlichen Entwicklungen – in Erziehung und Ausbildung, im Arbeitsleben, im Familienleben, aber auch im Umgang mit der Umwelt usw. – die Zukunft bringen wird.
- Und schließlich zeigt sich die *Einheit der Welt* als ein immer drängenderes Problem. Wie lange noch kann sich die »Festung Europa« abgrenzen von der übrigen Welt? Wie lange noch soll sie es? Oder gibt es andere Wege, die soziale Ungleichheit in der Welt so zu mindern, daß das Problem der Abgrenzung hinreichend an Schärfe verliert? Daß auch dabei soziale Sicherheit – hier wie dort – eine Rolle spielt, ist offensichtlich.

II. Konsequenzen für das Institut

In dieser Lage *braucht Europa ein leistungsfähiges Zentrum*, in dem kompetent und umfassend über die Rolle der sozialen Sicherheit und die Möglich-

keiten ihrer richtigen Entwicklung nachgedacht wird. Die Wissenschaft braucht es, und die Politik braucht es. Die nationalen Politiken brauchen es, und die europäische Politik braucht es. Das Europäische Institut hat im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens viel getan, um die Idee eines solchen Zentrums sozialpolitischen Nachdenkens zu ermöglichen. Das Wichtigste: Es hat kompetente Menschen miteinander in Verbindung gebracht. Es hat eine Community of experts gestiftet. Sodann: Es hat Erfahrungen im interdisziplinären und komparativen Austausch von Informationen und von Ideen der Analyse und der Bewertung ermöglicht. Aber ich glaube, daß es angesichts der drängenden Situation *nicht genügt, auf die bisherige Weise weiter zu arbeiten*. Das Institut müßte Möglichkeiten haben, differenzierter und systematischer zu arbeiten. Zu viele und zu wichtige Fragen sind gestellt und werden immer neu gestellt werden. Die Antworten, die das Institut bisher gegeben hat, waren weithin von einer gewissen Zufälligkeit gekennzeichnet. Das Institut hat viele wichtige Analysen vorgelegt und bemerkenswerte Anregungen gegeben. Aber es müßte möglich sein, in größerem Umfang Gültiges hervorzubringen.

Wie soll diese nächste Stufe der Entwicklung des Instituts erreicht werden? Das ist zunächst eine Frage der *Finanzen*. Ich glaube, es wäre an der Zeit, erneut entschlossen an die Europäische Gemeinschaft und an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, vielleicht auch an die Regierungen von Nicht-Mitgliedstaaten heranzutreten. Die Zentrale bräuchte ein Mindestmaß an permanentem und kompetentem *Personal*. Aber auch der Arbeitsstil müßte geändert werden. Die *Colloquien* allein können nicht genügen. Sie müßten in einem *dialektischen Austausch mit Berichten und Gutachten* stehen. Ist ein Thema durch einen Bericht vorbereitet, kann ein Colloquium eine nützliche kritische und ergänzende Diskussion darüber bedeuten. Dann sollte der Bericht im Lichte dieser Diskussion zu einem ausgereiften Gutachten entwickelt werden. Bei all diesen Arbeiten wäre notwendig, daß die verschiedenen *Disziplinen spezifischer* eingesetzt werden. Gerade die Heranziehung der Disziplinen in den bisherigen Colloquien hatte oft etwas Beliebiges. Auch das müßte in Richtung auf größere Kohärenz der Arbeit überwunden werden. Vielleicht sollte man auch daran denken, die *Struktur des Instituts* zu verbessern. Die ursprüngliche Idee war die, die kompetentesten Experten aus Europa im Institut zu versammeln. Heute hat das Institut viele Mitglieder. Aber ihre Kompetenz ist sehr unterschiedlicher Natur. Und es gibt kompetente Experten, die das Institut nur von Fall zu Fall für sich interessiert oder interessieren kann.

Was ich da gesagt habe, soll in keinem Punkte eine Kritik an der Vergangenheit sein. Das Vierteljahrhundert, das hinter uns liegt, war sozusagen ein Experiment. Dieses Experiment ist so gut geglückt, wie es die Umstände erlaubten. Und dafür schulden wir allen Dank, die dieses Experiment getragen haben: allen voran *Gerard Veldkamp, Leo Crijns, Jef van Langendonck* und *Annemie Dancot*. Aber gerade jetzt ist es an der Zeit, die Lehren aus dem Experiment zu ziehen. Sonst sind wir undankbar auch gegen alle, die das Experiment geleistet haben. Ich wünsche dem Institut und allen, denen seine Arbeit zugute kommt – zugute kommen könnte –, daß das gelingt.

Mitarbeiter dieses Heftes

Professor Dr. Hans F. Zacher ist wissenschaftliches Mitglied und ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht, München; die übrigen Autoren und Autorinnen sind wissenschaftliche Referenten und Referentinnen in diesem Institut.